



Newsletter Nr. 8 vom 21. Sept. 2021

Inhalt

Vorwort

1 Berichte aus den Bremer Aktionsgruppen

1.1 Frieden

1.2 Wohnen & Stadtentwicklung

1.3 Demokratie

1.4 Aufstehen für Kinderrechte

2 Presseerklärungen unter Mitwirkung von Engagierten bei Aufstehen Bremen

3 Persönliche Beiträge und Einschätzungen aus unserem Freundeskreis

3.1 Vom ideologischen Sog der Sprache (Rudolph Bauer)

3.2 Julian Assange - Nur ein Journalist? (Erich Sturm)

3.3 Soziale Spaltung und Hintergründe der unbezahlbaren Mieten (Rodolfo Bohnenberger)

3.4 Aus Fehlern lernen: Kooperation statt Krieg mit Afghanistan (Ekkehard Lentz)

3.5 Aktion „AufRecht bestehen“ am 10.09.2021 in Bremerhaven (Klaus Schiesewitz)

3.6 Reichensteuer: rotes Tuch für die FDP (Gerd Bock)

3.7 Zusammenhalt statt Spaltung. Für eine freie Impfentscheidung (Ute Brüning)

4 Empfehlenswerte Bücher und Magazine

5 Über #aufstehen und #aufstehen-Bremen

Anhang: Spendenaufruf / Veranstaltungsankündigungen von Bündnispartnern

Vorwort

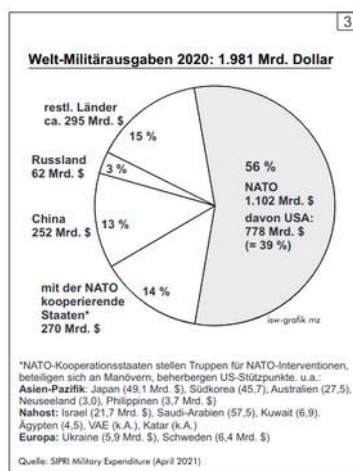
Die Regierenden - egal welcher Partei-Koalitionen – setzen ihre Politik gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen in diesem Land durch. Diese undemokratische Regierungsform tarnt sich als „repräsentative Demokratie“ und funktioniert nur mithilfe einer einseitigen Beeinflussung der öffentlichen Meinung mit Propagandamethoden. Die Serien-Kanzlerin Deutschlands von 2005 bis 2021 Dr. Angela Merkel, hat dies in einer Rede am 3. März 2010 in Berlin offen zugegeben:



„Aber genau deshalb bin ich auch zutiefst davon überzeugt, dass es richtig ist, dass wir eine repräsentative Demokratie und keine plebiszitäre Demokratie haben und dass uns die repräsentative Demokratie für bestimmte Zeitabschnitte die Möglichkeit gibt, Entscheidungen zu fällen, dann innerhalb dieser Zeitabschnitte auch für diese Entscheidungen zu werben und damit Meinungen zu verändern. Wir können im Rückblick auf die Geschichte der Bundesrepublik sagen, dass all die großen Entscheidungen keine demoskopische Mehrheit hatten, als sie gefällt wurden. Die

Einführung der sozialen Marktwirtschaft, die Wiederbewaffnung, die Ostverträge, der NATO-Doppelbeschluss, das Festhalten an der Einheit, die Einführung des Euro und auch die zunehmende Übernahme von Verantwortung durch die Bundeswehr in der Welt – fast alle diese Entscheidungen sind gegen die Mehrheit der Deutschen erfolgt.“

Wenige Milliardäre und globale Kapitalanleger wie BlackRock, Vanguard, State Street, Fidelity und Berkshire Hathaway, Internetkonzerne und Monopolisten der Plattformökonomie wie Amazon, Facebook, Microsoft, Apple, Google/Alphabet, Elon Musks SpaceX/Starlink sowie Pharmakonzerne wie Pfizer/Biontech häufen unermesslichen Reichtum an, während inzwischen schon ca. 1/3 der Lohnabhängigen und Scheinselbständigen in prekären Armutsverhältnissen arbeiten und leben muss. Große Mehrheiten der Bevölkerung wünschen sich vor diesem Hintergrund seit Jahren Besteuerung der Reichen, soziale Gerechtigkeit und Umverteilung von oben nach unten.



Deutschland und die EU rüsten auf, zusammen mit allen anderen NATO-Staaten. Geopolitische Konflikte eskalieren und enden im - gerade in Afghanistan wieder vorgeführten - Chaos. Dabei wünscht sich die übergroße Mehrheit der Menschen Frieden, Entspannung, Abrüstung und die Einhaltung des UNO-Gewaltverbotes.

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen und -ressourcen werden zerstört; Luft, Erde, Wasser und Meere verschmutzt und vergiftet, Flüsse begradigt und für Großschiffe ausgebaggert, Flussauen und Ausgleichsflächen zugebaut - mit verheerenden Folgen. Die Mehrheit wünscht sich nachhaltiges Wirtschaften, eine Gemeinwohl orientierte Ökonomie, gesunde Landwirtschaft für gesunde Lebensmittel und einen sinnvollen Umwelt-, Natur- und Katastrophenschutz.

Unsere Souveränitäts- und Freiheitsrechte werden abgebaut oder gänzlich ignoriert. Die Mehrheit wünscht sich direkte Demokratie auf Landes- und auf Bundesebene. Dafür riskierten die revolutionären Demokraten der Aufklärung im 18. und 19. Jahrhundert sogar ihr Leben.

Vor 20-30 Jahren wurde von Politikern vor der Wahl noch viel versprochen und später nur 10 Prozent davon gehalten, meist sogar das Gegenteil davon umgesetzt. Heute gilt selbst das nicht mehr. Das Straßenbild ist voll gehängt mit inhaltslosen Appellen und Gefühlsduseleien aus den psychologischen PR-Abteilungen der Großparteien: Respekt für Dich (SPD); Deutschland gemeinsam machen (CDU); Nie gab es mehr zu tun (FDP); Bereit, weil ihr es seid (Grüne); Damit sich wirklich was ändert. JETZT (DieLinke); Deutschland. Aber normal (AFD).

Das Oligopol der Presse- und Medienkonzerne und die von etablierten Parteien dominierten, öffentlich finanzierten, Radio- und Fernsehanstalten gehen in aller Dreistigkeit dazu über, zum 26. September 2021 das Wahlvolk auf die kommenden 4 Jahre „alternativloser“ Grausamkeiten vorzubereiten:

Auf „Gürtel enger schnallen“ bei den Renten (künftig erst ab 70?), im Pflege- und Gesundheitsbereich (Krankenhausschließungen?), in der Lohnpolitik und unseren Sozialversicherungsansprüchen.

Auf weitere Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur.

Auf ein „Reset“ des aufgeblähten Finanzkasinos, auf die Abschaffung des Bargeldes und massive Kontrollerweiterung über digitale Bezahlsysteme.

Auf noch mehr CO2 Steuern, die voll durchschlagen auf die Mieten, Energiekosten und Transportkosten, schön verpackt im Namen des „Klimas“.

Auf militärische Auslandseinsätze mit „unseren Verbündeten“ auch nach dem Afghanistan-Desaster; natürlich um endlich eigenständig „Verantwortung in der Welt“ übernehmen zu können. Olaf Scholz in der 2. ARD Wahlarena am 7. September: „...wir müssen zusammen mit unseren Verbündeten die Fähigkeit haben, um Soldaten irgendwohin zu bringen und sie wieder herauszubringen und das auch eigenständig mit europäischen Kapazitäten.“

Die Sammlungsbewegung #aufstehen hat 2018 den Wunsch zum Sammeln, Bewegen und Verändern in großen Teilen der Bevölkerung aufgegriffen. Drei Jahre später haben wir es leider mit vertieften

Spaltungen, politischen Gräben und nun auch noch mit einer im Angstmodus gehaltenen Bevölkerung zu tun. Unter dem Dauerfeuer umfassender Propaganda und lifestylelinker Identitätspolitik ist es immer schwieriger geworden, elementarste, demokratische Diskurskulturen zu pflegen: unvoreingenommen, respektvoll, ergebnisoffen und kontrovers - mit dem Ziel, uns allen dienende Lösungen gemeinsam zu finden.

Obwohl es wahrlich genug Gründe gibt, sich gegen die herrschenden Machteliten zusammenzuraufen, zerlegen sich linke, soziale und ökologische Bewegungen in voraufklärerisch anmutenden, inquisitorischen Glaubensbekenntnis-Kriegen:



Wer die CO2-Steuer, die einkommensarme Haushalte besonders belastet oder die umweltschädigende Subventionierung der Elektroauto-Industrien kritisiert, soll ein „Klimaleugner“ sein?

Wer die völkerrechtswidrigen Regime-Change Operationen des US-Imperiums kritisiert, das Völkerrecht und das Gewaltverbot betont und unsere natürlichen Handels- und Energiepartnerschaften zwischen Europa und Asien (Russland und China) zum gegenseitigen Nutzen weiter fördern will, soll ein „Diktaturen-Freund“ oder „Putinversther“ sein?

Wer die Unverhältnismäßigkeit der Corona-Maßnahmen, die Gesundheitsschäden nach bedingt zugelassener mRNA Impfung anspricht und grundgesetzkonform einen echten freien Impfscheid einfordert, sei ein „Virus-Leugner“, ein „uneinsichtiger Impferweigerer“ und schade der „Solidargemeinschaft“? "Wenn es mit Zuckerbrot nicht geht, muss die Peitsche ran" (TAZ-Kolumnistin Susanne Knaul). Sogar die von der Arbeiterbewegung erkämpfte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird durchlöchert.

Mitten in dieser aufgeheizten gesellschaftlichen Atmosphäre bemühen wir uns in und mit Aufstehen Bremen einen offenen und respektvollen Dialog weiter zu kultivieren. Gelegentlich in der Sache durchaus scharf, im menschlichen Umgang aber solidarisch. Unter Punkt drei in diesem Newsletter findet ihr persönliche Erklärungen von bei uns Engagierten, bzw. von befreundeten Mitstreitern zu unterschiedlichsten Themen. Auf unserer WEB-Seite steht für alle Debattierfreudigen unter „Texte“/„aufstehen kontrovers“ ein öffentlicher Raum zur Verfügung.



#aufstehen hat zur Bundestagswahl eine Kampagne BÜRGERTAGSWAHL gestartet:

Über viele Wochen haben Engagierte bei #aufstehen aus allen Bundesländern an den Forderungen zur sog. "Bürgertags"wahl gearbeitet; [hier mehr Infos zu der Kampagne](#). Die Beteiligten einigten sich auf einige Kernforderungen. Darin heißt es: „Als linke Sammlungsbewegung legen wir den Fokus unserer Forderungen eindeutig auf Fragen der sozialen Gerechtigkeit, den gemeinsamen Nenner aller linken Bewegungen und Parteien. Wir stellen nicht nur soziale Forderungen, sondern benennen auch Finanzierungsquellen. Dabei geht es nicht nur um linke politische Inhalte, sondern auch um die politischen Rahmenbedingungen, um diese Inhalte dauerhaft abzusichern.“

1. Berichte aus den zur Zeit aktiven Aufstehen-Bremen Aktionsgruppen

1.1 AG Frieden <https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/theme-styles/ag-frieden>

Treffen finden 1x Monat statt. Es geht um folgende Themen:

1. Europäische Militärpolitik unter dem Diktat US-amerikanischer Sicherheitsinteressen ?
 - a) EU-Militärprojekt FCAS (Kampfflugzeug)
 - b) Hinweise für einen kalten Krieg gegen Russland und China?
 - c) Die Rolle der BRD in dieser aggressiven Strategie des Westens?
2. Kriegsgefahr in der Ostukraine? Der politische Mainstream in der BRD sieht den Verursacher der Krise selbstverständlich bei Putin. Treffen Biden – Putin; Scheitern der Initiative von Merkel und Macron zum Verhältnis EU-Russland
3. Bremer Rüstungsproduktion und Rüstungsbeschlüsse der Bundesregierung März bis Juni 2021

Wir beteiligten uns mit einem eigenen Transparent an der Kundgebung: „Der 22.Juni 1941 mahnt“ anlässlich des 80. Jahrestags des Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion. Dazu gibt es auf unserer WEB-Seite zwei gute Videos unter diesem LINK. Am gleichen Tag morgens waren wir bei der Kranzniederlegung am ehemaligen „Russenfriedhof“ an der Reitbrake in Bremen-Oslebshausen. Siehe Bericht und ein Video.



Ebenso beteiligten wir uns an der Mahnwache zu Julian Assange am 1. Juli 2021 auf dem Marktplatz.

Ein Höhepunkt war die Hiroshima Mahnwache am 6. August auf dem Bremer Marktplatz. Die Vereinigten Staaten hatten am 6. und 9. August 1945 Atombomben auf die japanischen Großstädte Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. 340.000 Tote waren zu beklagen!



Beachtlich war auch die Kundgebung am 20. August 2021 auf dem Bremer Marktplatz zur Beendigung des 20-jährigen NATO-Krieges in Afghanistan; mit vielen afghanischen Demonstranten.

Selbstverständlich waren wir von der AG Frieden auch auf der Kundgebung zum Antikriegstag am 1. September 2021 auf dem Marktplatz dabei!

(Fotos: Anton Willers)

1.2. Wohnen & Stadtentwicklung <https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/theme-styles/ag-wohnen>

Treffen finden jeden dritten Dienstag im Monat statt. Aktuelle Infos unter [Termine auf der WEB-Seite](#). Hier die Themen der letzten Treffen:



A. Entwicklungen in verschiedenen Stadtteilen

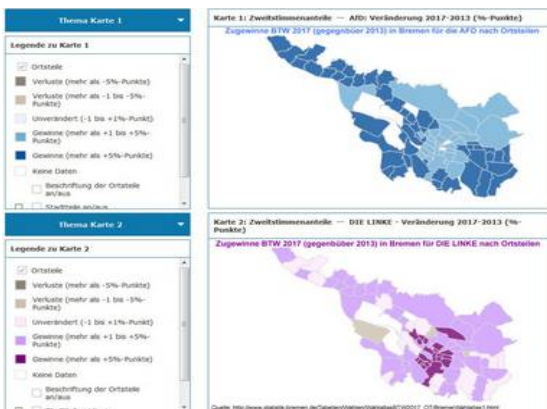
Oslebshausen: Die Anwohner kämpfen gegen extreme Belastungen wie nächtlicher Lärm vom Hafengelände und Abgase der geplanten Klärschlammverbrennungsanlage in direkter Nachbarschaft. Ein „Whistleblower“ deckte die Pläne des Bremer Senats auf, direkt neben Wohngebieten eine Dauerlärm verursachende Bahnwerkstatt der Firma „Alstom“ errichten zu lassen. Zudem stellte sich heraus, dass dies ausgerechnet auf einer nach dem Völkerrecht zu schützenden Kriegsgräberstätte, dem sog. „Russenfriedhof“ passieren soll.



B. Renditeinteressen großer Reedereien bei den angedachten ca. 170 Millionen für den Ausbau des südlichen Teils der Bremerhavener Stromkaje / Containerterminal. Es gibt doch - mit 40 Jahren Vertragslaufzeit - den halb von Bremen, halb von Niedersachsen erbauten, ca. 1 Milliarde teuren und zur Zeit unterausgelasteten JadeWeserPort, den Tiefseehafen in Wilhelmshaven für die großen Pötte? Siehe dazu den [ausführlichen Beitrag auf unserer WEB-Seite](#).

C. Bodenpreisentwicklung, Immobilienpreisentwicklung in Bremen, Mietpreisentwicklung, Einkommensentwicklung, fehlende bezahlbare Wohnungen, steigende Arbeitslosigkeit und Insolvenzen als Folge der "Lockdowns". Die Gentrifizierungswelle rollt weiter. Was tut der Bremer Senat ? Folgt er den Investoreninteressen? Bringt das bezahlbare Wohnungen? Siehe den Beitrag weiter unten hier im Newsletter. Empfehlenswerte Lektüre: "Im Würgegriff der Kapitalverwertung" Analysen des MieterEchos aus Berlin. [Download hier](#).

D. Warum wird die JUB an einen Investor aus dem KI-Bereich verkauft und nicht in die bestehenden öffentlichen Hochschulen integriert? Millionen Bremer Steuergelder wurden bereits in das gescheiterte SPD/CDU Projekt versenkt, in Bremen-Nord auf einem ehemaligen Kasernengelände ausgerechnet eine private Jacobs University Bremen entstehen zu lassen. Also ob es im öffentlichen Hochschulbereich nicht genug zu tun gäbe.



E. Soziale Spaltung der Stadt und Wahlverhalten in Bremer Ortsteilen (Bundestagswahl 2017):

Dunkelblau: Wahlgewinne (mehr als 5%) der AFD, wesentlich in traditionellen Arbeitervierteln, oftmals als "abgehängte" Viertel bezeichnet.

Dunkellila: Wahlgewinne (mehr als 5%) der "Lifestyle-Linken", wesentlich in den stadtzentralen Trendvierteln.

1.3 AG Demokratie <https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/theme-styles/ag-demokratie>



Diese AG wurde reaktiviert, als im Zuge des sog. „Infektionsschutzgesetzes“ die grundgesetzliche Garantie der freiheitlichen Grundrechte (Artikel 1-19 des Grundgesetzes) von der regierenden Exekutive in Bund und Ländern für entbehrlich gehalten wurde.

Einige Bremer Aufsteher ergriffen die Initiative zu einem „[Aufruf zum Dialog](#)“, der von insgesamt 29 Erstunterzeichnern unterzeichnet wurde und gerade auch Kirchen und Gewerkschaften an ihre eigenen Ansprüche erinnerte.

Der Aufruf wird unterstützt von der Initiative <https://www.bremer-freiheit.org>, in der sich auch einige Bremer Aufsteher engagieren.

1.4 AG Aufstehen für Kinderrechte <https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/theme-styles/ag-kinderrechte>



Eltern und Großeltern setzen sich für die Rechte ihrer Kinder und Enkel in Kindergärten und Schulen ein. Die wissenschaftlich nicht haltbare Unterstellung, Kinder wären potentiell tödliche „Virenschleudern“, hat zu Regierungsmaßnahmen geführt, die für unsere Kinder mit körperlichen und psychischen Gesundheitsbelastungen verbunden sind. Zwangstestungen, stundenlanges Tragen von Masken und Impfdruck sind eine Verletzung der UN-Kinderrechtskonvention, des Grundgesetzes und der Bremer Landesverfassung. Elterninitiativen verfassten Protestbriefe an die Bremer Bildungssenatorin und demonstrierten (Fotocollage oben) am 2. Juni vor der Bremer Bürgerschaft für Kinderrechte und den freien Impfscheid.

2. Presseerklärungen unter Mitwirkung von Engagierten bei Aufstehen Bremen

Bremen. Unter dem Motto: „Nie wieder gegeneinander – Gemeinsam für Frieden – Вместе за мир“ rief das Bremer Friedensforum und der Verein für Deutsch-Russische Friedenstage zu einer gemeinsamen Kundgebung auf. Die Veranstaltung fand am 22. Juni um 17.00 Uhr auf dem Bremer Marktplatz statt. Als Hauptredner konnte Prof. Dr. Peter Brandt gewonnen werden, zum Thema: „Warum wir Frieden und Freundschaft mit Russland brauchen?“



Gerahmt wurde die Kundgebung von zahlreichen Musikerinnen und Musikern. Mit dabei waren u. a.: das Bremer Bläser-Ensemble unter Leitung von Heinz Rhode, der Chor Rodina mit dem Bajanisten-Duo unter Leitung von Slava Kravets, der Pantomime Arnold Saraschinskij und das Gitarrenduo Vadim Kulitsky mit Wladimir Papadopoulus.

Anlass der Kundgebung war der Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion vor 80 Jahren am 22. Juni 1941. Allein die Sowjetunion hatte am Ende dieses grausamsten aller bisherigen Kriege 27 Millionen Tote zu beklagen. Der sowjetischen Bevölkerung und ihrer Armee ist es wesentlich zu verdanken, dass die deutschen Eroberungspläne scheiterten

und die Wehrmachtsführung am 8. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst die bedingungslose Kapitulation unterzeichnen musste. 45 Jahre später wurde das geteilte Deutschland mit Hilfe der Sowjetunion geeint. Bei ihrem Abschied trugen die Soldaten der Roten Armee Schilder mit der Aufschrift: „Wir kamen als Sieger und gehen als Freunde.“

Inzwischen wird Russland wieder wie im alten Kalten Krieg dämonisiert, um zu verschleiern, dass allein die USA mit 778 Milliarden US-Dollar mehr als das Zehnfache dessen in die Rüstung pumpen, was die Russische Föderation mit 62 Milliarden in ihre Streitkräfte steckt.

Die Veranstalter sehen mit Sorge, dass der Kurs der ständigen Aufrüstung und Sanktionen gegen Russland den Frieden nicht näher bringen. Im Gegenteil: Die wachsende Konfrontation mit immer neuen, automatisierten, Waffensystemen birgt die Gefahr einer kriegerischen Eskalation auf der Grundlage von militärischen Missverständnissen.

Herbert Wehe, Vorsitzender des Vereins für Deutsch-Russische Friedenstage erklärte dazu: „Wir appellieren an die Vernunft aller Politikerinnen und Politiker in Berlin und Brüssel, in Moskau und Washington, den gefährlichen Weg der politischen und militärischen Spannungen zu verlassen. Wir setzen uns für die Idee eines gemeinsamen Hauses Europa ein, in dem jedes Land seinen gleichberechtigten Platz hat. Von der Bundesregierung verlangen wir die Rückkehr zu einer



Verständigung mit der Russischen Föderation, die auf politische, kulturelle, sportliche, wissenschaftliche und wirtschaftliche Kooperation setzt.“

Am Morgen des 22. Juni lud der Verein Deutsch-Russische Friedenstage Bremen zu einer Kranzniederlegung am Mahnmal in der Reitbrake in Bremen-Oslebshausen ein. Damit gedachten die Mitglieder des Vereins der nahezu 1.000 zu Tode gemarterten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, die bis Kriegsende im nahegelegenen sogenannten „Russenfriedhof“ verscharrt worden sind. Das Bremer Friedensforum und #aufstehen Bremen beteiligte sich an diesem Gedenken. (Fotos: Hartmut Drewes)

3. Persönliche Beiträge und Einschätzungen aus unserem Freundeskreis

(Reihenfolge nach dem Datum ihres Eingangs beim Newsletter Redaktionsteam)

3.1 Beitrag von Rudolph Bauer

Vom ideologischen Sog der Sprache

Viktor Klemperer und der #unteilbar-Aufruf

Im Oktober 2018 organisierte sich ein Bündnis mit dem Hashtag-Logo #unteilbar als Aktionszusammenschluss für offene Grenzen. Die Organisatoren bereiteten damals eine



Großkundgebung in Berlin vor, deren Stoßrichtung u. a. auf die zuvor gegründete Sammlungsbewegung Aufstehen zielte. Sahra Wagenknecht äußerte deshalb im Vorfeld der Berliner Demonstration Vorbehalte. Es kam zu unterschiedlichen Einschätzungen des Projekts.

Erneut haben die Initiatoren des Bündnisses #unteilbar jetzt – kurz vor der Wahl zum Deutschen Bundestag – zu einer Demonstration und Großkundgebung aufgerufen. Der Aufruf ist Gegenstand des folgenden Beitrags, der erläutert, warum die dabei verwendeten Sprachmuster an Viktor Klemperers Befunde über die Sprache im Dritten Reich erinnern.

Viktor Klemperer (1881-1960) war Literaturwissenschaftler und Romanist. Aufgrund der jüdischen Wurzeln seiner Herkunftsfamilie wurde er 1935 als Professor amtsenthoben. Er war gezwungen, bis kurz vor Kriegsende in sog. Judenhäusern zu leben, und entkam vor der deutschen Kapitulation 1945 durch Flucht mit seiner Frau der Deportation in ein Todeslager der Nazis. Zur Arbeitslosigkeit gezwungen, widmete sich der Philologe Klemperer der Aufgabe, die Eigenschaften der Nazi-Sprache zu untersuchen. Die sprachwissenschaftlichen Befunde vertraute er seinen Notizbüchern an, die er aus berechtigter Furcht vor einer Hausdurchsuchung durch die Gestapo mit dem Kürzel LTI versehen und einer Freundin der Familie zur Aufbewahrung übergeben hatte. 1947 wurden die LTI-Aufzeichnungen erstmals veröffentlicht. LTI ist die Abkürzung von „Lingua Tercii Imperii“, zu Deutsch: Sprache des Dritten Reiches.

Es ist nicht wenig überraschend, dass sich bestimmte Elemente der antidemokratischen Ideologie des NS-Faschismus heute wiederfinden in Zusammenhängen, in denen man sie am allerwenigsten erwartet. Der Aufruf des Bündnisses #unteilbar ist ein Beispiel dafür, wie sehr aktuelle politische Aussagen und Forderungen in einen Sog geraten, der an die Besonderheiten der Nazi-Propaganda erinnert. Da sich die Unterzeichner-Organisationen mehrheitlich dem linken Lager zurechnen, ist es umso wichtiger und notwendig, auf die sprachlichen Fehlleistungen des #unteilbar-Aufrufs hinzuweisen. Unterzeichnet haben neben diversen Aktionsbündnissen und Netzwerken (z. B. Amnesty, Attac, FfF, IPPNW, Omas gegen rechts, Republikanische Anwälte, Seebrücke, VVN-BdA) Wohlfahrtsverbände, Organisationen der Friedensbewegung, Gewerkschaften (GEW, IGM und ver.di) und Parteien: SPD, Grüne, Linke, ÖPD, Piraten und Volt.

Klemperer hat in seinen LTI-Notizen eine Reihe von besonderen Eigenschaften der NS-Propagandasprache zusammengestellt, die sich auch im Aufruf wiederfinden. Hervorstechend ist die Kategorisierung (neudeutsch: das Framing), mittels derer sich das Bündnis als scheinbar einheitlicher „Wir“-Block präsentiert. Die monolithische Vorstellung einer einheitlich verbundenen Gemeinschaft, die von den Nazifaschisten im Mythos vom Volkskörper beschworen wurde, erneuert sich heute als neues Kollektiv in Gestalt der sprachlichen und begrifflichen Zusammenführung von Menschen diversen Alters, unterschiedlicher politischer und verbandlicher Zugehörigkeit, mit verschiedenen identitären und sonstigen Merkmalen sowie von in- und ausländischer Herkunft. Diversität ist – so paradox es erscheint – das Gemeinschaftsmerkmal der Gegenwart.

Wo die Gemeinschaft der Mehrheit beschworen wird, werden immer auch Minderheiten als „gemeinschaftsfremd“ marginalisiert und „bekämpft“ – damals wie heute. Die von der NS-Propaganda vorgenommene biologische Bestimmung des Menschen als Typus mit rassegesundem Erbgut findet im Aufruf ihre Entsprechung in der Hervorhebung körperbezogener Merkmale der Verschiedenartigkeit. Der Aufruf betont neben institutionellen Zugehörigkeiten deshalb vor allem biologische Merkmale, nämlich Hautfarben, Alter, Behinderungen, ethnische Herkunft, Geschlechter und sexuelle Orientierungen. In auffälliger Weise werden psycho-biologische Elemente des Vitalen „der Vielen“ hochstilisiert und aufgewertet zur selbstgerechten Charakterisierung der eigenen Lifestyle-Überlegenheit gegenüber den gewöhnlichen Lebensweisen der übrigen Menschen.

Der Aufruf beschwört in emotionaler Weise die Existenzangst derjenigen, die von Arbeitslosigkeit, Verarmung und Krankheit bedroht sind. Er spricht vom Ernst der Klimakatastrophe, von den Gefahren der Menschenfeindlichkeit und des Rassismus, vom Tod der flüchtenden Migrantinnen, ihrer Frauen und Kinder. All dies, ohne die Verursachungszusammenhänge in den Blick zu nehmen und zu benennen: die kapitalistische Ausbeutung von Mensch und Natur, Flucht und Migration infolge von Militarisierung, Rüstung, Kriegen und Verelendung. Die Emotionalisierung und Heroisierung hat Vorbilder in der NS-Sprache. Jene warnte vor den „Untermenschen“ und feierte den soldatischen Heldenkult ebenso, wie sie Heimat, Blut und Boden emotional zelebrierte. Schließlich entsprechen sich die sprachlichen Muster maximaler Größenordnungen heute wie damals: Stets ist es „die Welt“ als großes Ganzes, welche seinerzeit am „deutschen Wesen genesen“ sollte und der heute „eine gerechte Bewältigung der Klimakrise“ in Aussicht gestellt wird.

Dem philologischen Spürsinn von Victor Klemperer ist es zu verdanken, dass es uns heute möglich ist, die sprachlichen Muster der NS-Zeit zu erkennen, sie mit denen der Gegenwart zu vergleichen und vor dem Sog der LTI-Sprache zu warnen. In letzter Konsequenz wird auf diese Weise ersichtlich, dass die Abgrenzungen gegen Rassismus, Antifeminismus und Antisemitismus sowie der Kampf gegen die extreme Rechte lediglich die abstrakte Negation jener Politik darstellen, gegen die am 4. September scheinbar zu Felde gezogen wird. (Die konkrete Verneinung würde andere Schwerpunkte setzen: z. B. Völkerfreundschaft, Toleranz und Minderheitenschutz statt eines maulheldenhaften Antirassismus. Oder im Kampf gegen den Rechtsextremismus: eine Politik für menschliche Lebensbedingungen ohne materielle Benachteiligung, Kultur- und Bildungsarmut.)

Den paradox erscheinenden Zusammenhang zu erkennen, dass die abstrakte Negation keine Lösung ist, wird verfehlt, weil jeder Nachweis einer Parallele mit dem Nazifaschismus als Verharmlosung desselben und als Tabu gilt. Dadurch wurde und wird der „Neu“-Auflage einer antidemokratischen Ideologie und eines autoritären Überwachungssystems im scheindemokratisch-parlamentarischen Gewande der Weg bereitet (wie wir es auch unter den antidemokratischen Bedingungen der Corona-„Bekämpfung“ erleben, die kein Thema des Aufrufs sind!) – und kaum jemand erlaubt es sich und anderen, den kritisch vergleichenden Gedanken zuzulassen, um daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Erklärbar ist dieses Verhalten der intellektuellen Selbstzensur im linken Lager nicht zuletzt deshalb, weil es der deutschen Regierung und den gleichgeschalteten Medien gelungen ist, u. a. durch die innenpolitische Abgrenzung gegenüber AfD, Pegida, retrofaschistischen Nazi-Schlägertruppen und NSU-Mördern sowie durch das Sich-Absetzen von rechten Regierungen in Ungarn und Polen, durch die Dämonisierung von Berlusconi in Italien, Trump in den USA und Le Pen in Frankreich den Eindruck totalitärer Unschuld zu erwecken. Die Methode „Haltet den Dieb“ funktioniert.

[Der Beitrag ist eine stark gekürzte Fassung des Aufsatzes „Klasse Bewusstlos: #unteilbar als totaler Lifestyle“; siehe: <https://neue-debatte.com/2021/08/27/klasse-bewusstlos-unteilbar-als-totaler-lifestyle/>]

3.2 Beitrag von Erich Sturm

Julian Assange - Nur ein Journalist?

„Wir haben die Aufgabe, so weit wie möglich unsere Selbstbestimmung zu verteidigen und dem kommenden Überwachungsregime zu trotzen – oder, wenn alles andere scheitert, seine Selbstzerstörung zu beschleunigen.“

Julian Assange
London, Oktober 2012

Die verkürzte Sichtweise auf Julian Assange als Journalist verdeckt jene Aspekte seiner Arbeit und auch die vieler anderer Netzaktivisten, welche auf eine gesamtgesellschaftliche Veränderung zielen. Assange war und ist ein anarchistischer Internetaktivist der ersten Stunde und seine gnadenlose Verfolgung dient nicht allein der Abschreckung von Journalisten oder Whistleblowern, sondern ist eine Kampfansage an alle, die das Internet und seine Möglichkeiten als Wachstums- und Emanzipationswerkzeug begreifen und versuchen, es vor kapitalistischen Verwertungs- und Unterdrückungsinteressen zu schützen.

Das Internet hebt viele Beschränkungen der Kommunikation und des Informationsaustausches auf. Seine Quellen sind unerschöpflich und jeder User kann selbst zur Quelle werden. Das Internet erlaubt

direktdemokratische Elemente und Zusammenarbeit, die nicht durch Raum und Zeit getrennt sind. Darüber hinaus hebt das digitale Konzept materielle Begrenzungen auf. Wenn etwas Materielles geteilt oder weggegeben wird, bleibt nur die Hälfte oder nichts. Teilt man etwas Digitales, ähnlich einem Gedanken, hat jeder nun das Ganze, ohne jeglichen Verlust und kann damit etwas erarbeiten oder es weiterentwickeln. Das ist der Geist des Sharing und die reine Antithese zum alleinigen Besitz, reglementiert und missbraucht durch Urheberrechte und Patente.

Auf der anderen Seite aber kann das Internet ebenso zur Unterdrückung und Desinformation missbraucht werden. Bereits in den frühen Jahren des Netzes, als die meisten Menschen mit dem Begriff Internet noch nichts anfangen konnten, gab es ernsthafte Auseinandersetzungen und Kämpfe.

Anfangs hatten Staat und Kapital noch nicht die rechtlichen Durchgriffsmöglichkeiten wie heute. Viele Dinge waren undefiniert und/oder die Möglichkeiten des Internet wurden unterschätzt oder gar nicht wahr genommen. Trotzdem tobte sofort ein Kampf um Transparenz, Privatheit und Rechte. So entwickelte z. B. zu Beginn der 90er Jahre Phil Zimmermann PGP (Pretty Good Privacy), ein Verschlüsselungstool, das jeder anwenden konnte und zur damaligen Zeit nicht zu knacken war. Die Regierung der USA hatte den Export von Verschlüsselungstechnologie unter das Kriegswaffenkontrollgesetz gestellt und verbot jegliche Ausfuhr. Wer mit einer Diskette am Flughafen erwischt wurde, konnte sich durchaus in einer Gefängniszelle wiederfinden. Im Rahmen dieser Auseinandersetzungen um Datenschutz und Überwachung entstand eine Bewegung, die sich Cypherpunks nannte und sich über einen wie auch immer gearteten Krypto-Anarchismus definierte, nachzulesen in einem Manifest von 1993. (<https://www.activism.net/cypherpunk/manifesto.html>).

Der Krypto-Anarchismus postulierte, dass eine Asymmetrie zwischen dem Staat, der einen möglichst großen Teil der Kommunikation seiner Bürger zu überwachen versucht, und eben diesen Bürgern besteht, gegenüber denen der Staat vieles geheim halte. Die technische Revolution des Cyberspace könnte diese Verhältnisse nun umkehren. Alle privaten Informationen könnten und sollten mit kryptographischen Mitteln geheim gehalten werden. Der Staat wäre zur Unterdrückung des Einzelnen dann nicht mehr in der Lage und müsste sich in eine "Enklave der Dinge-die-er-kontrollieren-kann" zurückziehen. Der umgekehrte Ansatz, um das gleiche Ziel zu erreichen, wäre die radikale Veröffentlichung des Herrschaftswissens.

Zu d e r Zeit wurde vorrangig der Staat als Gegner wahrgenommen. Die Überwachungsgiganten wie Google, Apple, Facebook und Amazon gab es noch nicht. Allerdings war es schon sehr früh die Privatwirtschaft, welche als Speerspitze Überwachung forderte und in die Entwicklung entsprechender Möglichkeiten investierte und vom Staat gerne als Alibi genutzt wurde.

Nach der Jahrtausendwende verschärften sich die Konflikte. Die sogenannte „Contentindustrie“ (Musik/Film) jammerte über Verkaufsverlust und die Nutzer des Netzes wurden pauschal als Raub-Kopierer kriminalisiert, was zu einer deutlichen Politisierung der Szene und ihrem Umfeld führte. Weitere Zensurbestrebungen des Staates kamen hinzu. So wurden unter dem Vorwand, Kinderpornographie besser bekämpfen zu wollen, weitere Teile der Internetuser-Community gebrandmarkt. Schließlich sahen sich abertausende von Jugendlichen, bzw. ihre ahnungslosen Eltern, mit Strafverfahren konfrontiert, deren Urteile und Kosten in keinem Zusammenhang zum wirklichen Schaden standen.

Das führte ab 2007 dazu, dass sich der Protest auch außerhalb des Netzes manifestierte. Zuerst in Schweden, dann in anderen Ländern, entstanden Piratenparteien und neue NGOs. Der ganzen Bewegung lagen dieselben Forderungen zu Grunde, wie sie schon im Manifest von 1993 anklangen. Transparenz über das Handeln der regierenden Mächte, Datenschutz für den Bürger, Kampf gegen Überwachung, ergänzt um Open Source, Open Access und Direkte Mitbestimmung (Politik 2.0). Zu dieser Zeit ging auch Wikileaks Online.

Die damaligen, und auch noch heute aktuellen Forderungen, standen, bzw. stehen, dem politischen und wirtschaftlichem System diametral gegenüber.

Wikileaks, wie auch die Piraten, hatten Anfangs mäßigen Erfolg. In den ersten 2 Jahren dümpelte die Mitgliederzahl der Piraten im mittleren dreistelligen Bereich. Und auch die Veröffentlichungen von Wikileaks hatten erst nicht den durchschlagenden Erfolg, so wie Julian Assange sich das vorgestellt hatte, weswegen er auch die Kooperation mit etablierten Medien suchte. 2007 veröffentlichte Wikileaks die "Kenia Leaks (fehlende Milliarden)", die "Standard Operating Procedures for Camp Delta / Guantanamo Bay" und 2008 die Leaks zu "Scientology", "Sarah Palin Mails", "Tibet Videos" und zu "Julius Bär und die Caymans". Das führte dann zur ersten Sperrung der Internet-Domain von Wikileaks.

2009 veränderte sich das Ganze. Wikileaks veröffentlichte zu "Barclay Bank", "Zensurlisten gesperrter Websites", "Bilderberg Protokolle 1950 bis 1980", "Petrogate Peru" (ausländische Ölfirmen in Peru), "Nuklearunfall Iran (Zentrifugen Stuxnet)", "Giftmüllverklappung eines Schweizer Konzerns vor der Elfenbeinküste" und zur isländischen "Kaupthing Bank". In Deutschland kam es zu Demonstrationen gegen die Zensurbestrebungen im Internet, damals befeuert durch Ursula von der Leyen und ihre Internetsperren, was ihr den Namen Zensursula einbrachte.

Dann wurde 2010 „Collateral Murder“ (US-Kriegsverbrechen im Irak) veröffentlicht und bestätigte mal wieder die Wirkkraft des Bildlichen gegenüber dem Text. Bradley Manning (heute Chelsea Manning) wurde verhaftet. Dann wurden „Afghan War Logs“ und „Irak Documents“ veröffentlicht und dann kamen die „Cables“ (Diplomatische Depeschen der US-Botschaften).

Mit den "Cables" hatte sich Wikileaks endgültig aus dem Konsens der bestehenden Medienordnung gelöst. Und während Collateral Murder "nur" die Veröffentlichung eines Kriegsverbrechens war, eröffneten die Cables einen uneingeschränkten Blick in politische Machenschaften. Die „Cables“ führten zum endgültige Bruch mit den etablierten Medien.

In seinen Anfängen wurde Wikileaks äußerst geringschätzig von den etablierten Medien behandelt. Sie nahmen zwar die Informationen und veröffentlichten Teile davon, mitunter ohne Wikileaks überhaupt zu erwähnen. Die etablierten Medien wollten Julian Assange nicht als Journalisten betrachten. So schrieb der damalige Chefredakteur der Times: „We regarded Assange throughout as a source, not as a partner or collaborateur, but he was a man who clearly had his own agenda.“ (Bill Keller 2011) [Wir betrachteten Assange durchgängig als Quelle, nicht als Partner oder Mitstreiter, denn er war ein Mann, der klar seine eigene Agenda hatte.]

Der Umgang mit den „Cables“ bestätigte alle Befürchtungen von Julian Assange.

»Der Guardian redigierte zwei Drittel einer Depesche der US-Botschaft über Kriminalität in Bulgarien. Er entfernte alle Namen der Mafiosi, die die bulgarische Regierung unterwandert hatten. Er entfernte eine Beschreibung der Elite Kasachstans, die die Korruption der gesamten kasachischen Oberklasse aufzeigte - nicht mit ausdrücklichen Namen, sondern ganz allgemein. Er entfernte die Beschreibung eines in Kasachstan operierenden, italienischen Energiekonzerns als korrupt. Sie haben nicht nur die Namen von Leuten entfernt, die ungerechten Risiken ausgesetzt wären, wie wir es tun und von ihnen verlangen. Sie haben alle Namen der einzelnen Mafiosi gestrichen, weil sie Angst hatten, in London verklagt zu werden. [...] Es herrscht eine unglaubliche Selbstzensur in den Redaktionen, aber sie geben das nicht zu und gestehen nicht, dass sie so verfahren. Diesen Weg nach unten will WikiLeaks nicht gehen.« (Julian Assange: When Google meets WikiLeaks, 2016, S. 173 f.)

Die etablierten Medien hatten die Leaks so abgemildert, dass sie ins bestehende Narrativ passten und genauso machten sie es später mit den Snowden Files, von denen bis heute nur wenige Prozent veröffentlicht sind.

Vielen Menschen ist auch heute noch nicht bewusst, dass Wikileaks mehr war als eine journalistische Plattform. Julian Assange hatte mit Wikileaks einen Proof-of-Concept (Meilenstein, der die prinzipielle Durchführbarkeit eines Vorhabens belegt) geschaffen, der die theoretischen Annahmen der Cypherpunks angewendete Wirklichkeit werden ließ. Zusammen mit den politischen Erfolgen der Piraten wurde befürchtet, dass eine parlamentarische Kraft entstehen könnte, die sich nicht dem Status Quo verpflichtet fühlt, sondern die politische und gesellschaftliche Ordnung radikal in Frage stellt und auch noch die Werkzeuge dafür mitbringt.

Für viele Außenstehende war die Brisanz der damaligen Ereignisse kaum nachvollziehbar. Direktdemokratische Bestrebungen

- mit voller Transparenz der Regierungspolitik und gleichzeitigem Schutz der Regierten,
- mit einem voll funktionsfähigen Werkzeug der Partizipation,
- und Akteuren, die nicht die Aschenbahn der innerparteilichen Anpassung durchlaufen hatten
- und auch noch über genügend finanzielle und technische Autonomie verfügten,

waren (und sind) der Alptraum für die Hüter einer bestehenden Machtordnung. Assange und Wikileaks waren keine Caféhaus-Revolutzer, sondern sie haben gehandelt und die politische Sprengkraft war immens!

Doch die Gegenreaktion kam schnell. Die etablierten Medien waren nur kurz verunsichert und auch der Tiefe Staat wurde schnell aktiv. Das Netz konnte man nicht so schnell unter Kontrolle bringen, deshalb wurden die menschlichen Akteure zur Zielscheibe. Den Vergewaltigungsvorwürfen gegen Assange ging eine Kampagne voraus, in der ehemalige Wikileaks Weggefährten schmutzige Wäsche wuschen und Assange als Egomane darstellten. Die Piraten wurde intern von den Antideutschen unterwandert und extern von den Medien unter Druck gesetzt. Als politische Anfänger hatten sie dem nichts entgegen zu setzen.

Assange sitzt heute im Folterknast in Belmarsh in London und die Piraten wurden versenkt oder haben sich selbst versenkt, je nach lesart. Wikileaks spielt keine Rolle mehr in der Öffentlichkeit und in einer Zeit, wo die letzten Reste des Datenschutzes gerade unter dem Deckmantel der Gesundheitsvorsorge entsorgt werden und eine ungeahnte digitale Überwachungsstruktur namens „Grüner Pass“, Stichwort ID2020, etabliert wird, kann man das Fehlen eines (digitalen) Widerstandes nur als Katastrophe betrachten.

3.3 Beitrag von Rodolfo Bohnenberger

Soziale Spaltung in Bremen und Hintergründe der unbezahlbaren Mieten

Kaum ein Bundesland hat prozentual so viele Niedriglöhner, Langzeitarbeitslose und Hartz-IV Bezieher wie Bremen. Die Corona-Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung haben das

dramatisch verschlimmert. In einigen Ortsteilen leben über 50% aller Kinder in Familien mit Hartz IV Bezug. Die linke Arbeitssenatorin Christina Vogt hat den Trend nicht aufgehhalten. Die Zahl der registrierten Langzeitarbeitslosen (in SGB II & III) in Stadt Bremen stieg von April 2020 bis April 2021 um 30,3 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen Hartz-IV-Bezieher stieg um 8,2 % im gleichen Zeitraum. Und gleichzeitig steigen die Mieten und verschlingen für Viele bereits 40% oder noch mehr ihres Einkommens.

Ist „sich arm Wohnen“ alternativlos? Natürlich nicht, diese

Entwicklung ist das Ergebnis intensiver Lobbyarbeit der Wohnungswirtschaft über Jahrzehnte. Gegen die Interessen der Mehrheit wurden die passenden Beschlüsse in den Parlamenten gefasst. In der Stadt Bremen gilt zwar seit Ende 2015 eine sog. Mietpreisbremse, sie ist aber zahnlos. Sie greift nur bei

Arbeitslose SGB II (also Hartz IV)-Bezieher in der Stadt Bremen im Vergleich April 2020 zu April 2021

im April 2020: 22.989
im April 2021: 24.876
+1.887 = +8,2%

Quelle: Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (IBJ) vom 29. April 2021:
http://ibj.de/medias/2021-04-29_arbeitslose-arbeitslose-rechtskreise-ib-lander-042021.pdf

Anstieg der registrierten „Langzeitarbeitslosen“ (SGB III und SGB II / Hartz IV zusammen) im Land Bremen

2019: 12.148
2020: 15.824
04/2020 - 04/2021: + 3.676 „Langzeitarbeitslose“
ein Anstieg um: 30,3 %

Quelle: Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (IBJ) vom 29. April 2021:
http://ibj.de/medias/ibj_merkens/1521_langzeitarbeitslose_04-april-2021_bund_und_grossstaedte_im_vorjahresvergleich.html

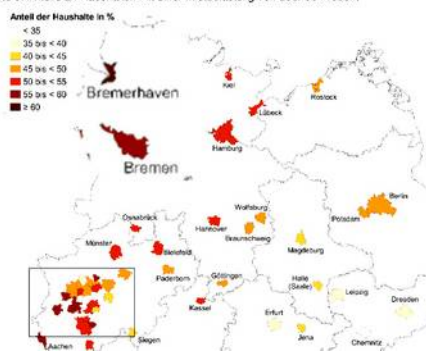
Neuvermietungen. Dann verbietet sie auch nur Erhöhungen von mehr als zehn Prozent über dem ortsüblichen Niveau. In Bremen sind bis 2019 trotz Bremse die Preise bei Neuvermietungen um 19 Prozent gestiegen. Vor Mieterhöhungen im Bestand schützt sie gar nicht.

Auch die neue Koalition aus SPD/Grüne/Linke im Bremer Senat bewirbt weiterhin den Wohnungsneubau als Mittel für mehr bezahlbare Wohnungen, aktuell auch im Wahlkampf. Große private Baufirmen (vom Bremer Senat als „Partner“ bezeichnet) freuen sich sicherlich über so eine Schleichwerbung für ihre Branche und die damit einhergehende öffentliche Subventionierung. Erinnern wir uns: zur sicherlich notwendigen Sanierung der Bausünden der 1970er Jahre in Tenover wurden ca. 1/3 der Hochhäuser dort mit öffentlichen Geldern abgerissen, also massiv Wohnraum vernichtet o h n e gleichzeitig Ersatz zu schaffen. Von 2013-2017 wurden insgesamt nur 7.132 neue Wohnungen in Bremen fertiggestellt. Laut Monitoring Wohnen und Bauen in Bremen 2019 sind von den rund 296.000 Wohnungen in Bremen ca. 172.000 (58 %) Mietwohnungen. Alle Bremer Wohnungen befinden sich in 118.661 Gebäuden (Zahlen für 2018). Ca. 38 % der Wohnungen, vom Apartment, über das Bremer Häuschen bis zur Villa, sind vom Eigentümer selbst bewohnt.

Für das Ziel „mehr bezahlbare Wohnungen“ brauchen wir vordringlich eine Mieten senkende Politik im existierenden Wohnungsbestand. Denn die Höhe der Mieten in Bremen ist keinem Markt gott geschuldet, sondern politisch gemacht. Dazu später mehr. Die behauptete mietensenkende Wirkung der in Bremen neu gebauten Wohnungen ist ein Märchen. D i e s e r seit Jahrzehnten laufende Bremer Wohnungsneubau wird überwiegend betrieben von Investoren, meist Großinvestoren, wie z.B. die Zech Group und Justus Grosse. Das sind keine Wohlfahrtsorganisationen sondern nach Maximalrendite strebende private Kapitalgesellschaften. Sie bauen deshalb am liebsten Luxuswohnungen, auch „hochpreisiges Segment“ genannt, weil sich nur da so richtig „Kohle machen“ lässt: in der Überseestadt, am Werdersee, Tabakquartier, Weserhöfe... die Liste der geleckten „upper class“ Wohnviertel in Fahrradentfernung vom Zentrum nimmt ständig zu. Der größte Immobilienmagnat in Bremen ist die Zech Group SE mit europaweit 11.000 Mitarbeitern und Investments in „Building, Real Estate und Hotel“; auch in der Schweiz und Österreich und aus Steuergründen mit Sitz in Luxemburg. Dass die Gustav Zech Familien-Stiftung ihren Sitz bei der TTA (Trevisa-Treuhand Anstalt) in Balzers in Liechtenstein hat, ist sicherlich nicht einer besonderen Verbundenheit mit den Bürgern in der Hansestadt Bremen geschuldet.

Der Neubau-Anteil der "städtischen" Gesellschaften GEWOBA und BREBAU liegt aber laut deren Geschäftsberichten nur bei ca. 470 von den 1723 neu gebauten Wohnungen im Jahre 2019. In den anderen Jahren war es nicht viel anders. Es ist offensichtlich, dass solch ein - von Selbstlob begleitetes - Investoren-Bauprogramm nicht „mehr bezahlbare Wohnungen“ schaffen kann. Die Nettokaltmieten im Bremer Neubau liegen nun schon bei durchschnittlich 11,83 Euro, Neuvermietungen von Altbauwohnungen erreichen die 10 Euro pro qm Wohnfläche.

MUSTER SOZIALER UNGLEICHHEIT DER WOHNVERSORGUNG IN DEUTSCHEN GROSSSTÄDTEN | 69
Quelle: https://www.boeckler.de/pdf/HBS-008072/p_fofoe_WP_222_2021.pdf
Karte 5: Anteile an Haushalten mit einer Mietbelastung von über 30 Prozent

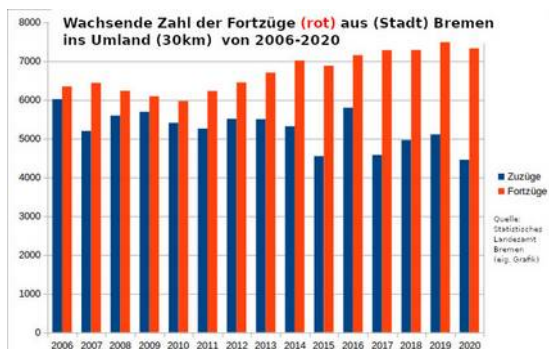


Weil Bremen die höchste Armutsquote hat, hat es auch die höchste Mietbelastungsquote (d.h. „Wie viel vom Einkommen geht für’s Wohnen drauf?“) Die neueste Studie der Hans Böckler Stiftung vom August 2021 beweist das erneut:

In Bremen Stadt müssen ca. 55% aller Haushalte mehr als ein Drittel ihres Einkommens für die Miete ausgeben. 30-35% der Haushalte müssen sogar mehr als 40% ihres Einkommens für die Miete ausgeben.

In Bremerhaven müssen über 60% aller Haushalte mehr als 30% ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Über 35% der Haushalte müssen sogar mehr als 40% ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Folglich wohnen sich die Mieter arm – und vermieten sich die Wohnungskonzerne reich.

Die Wanderungsbewegungen zwischen Bremen und dem Bremer Umland bis 30km (siehe Säulendiagramm) geben ein Hinweis darauf, dass junge Familien in den sog. "Speckgürtel" ausweichen. Junge Familien mit Kindern können sich die von Investoren gebauten Luxuswohnungen nicht leisten.



Dieser Trend wird weitergehen, denn die herrschende Wohnungspolitik im grünen Baureisort setzt auf große profitorientierte Investoren und verkauft ihnen auch noch unseren kommunalen Boden, wie in der Überseestadt und auf dem St. Jürgen Krankenhausgelände (Hulsberg Viertel) anschaulich zu beobachten. Nötig wäre kommunale Bodenbevorratung und die langfristige Vergabe nur auf Erbpachtbasis, um als Kommune handlungsfähig zu bleiben.

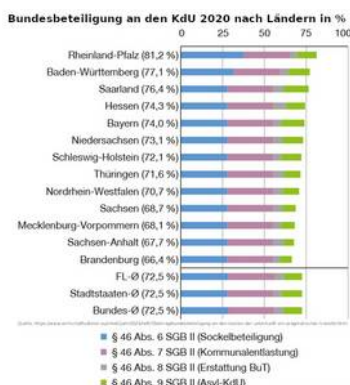
Welche Ideen haben grüne Politiker noch in dieser Lage? Kaum zu glauben: [Mieten verteuern](#) und eine „Wohnflächensteuer“. Liegt die Ursache etwa bei uneinsichtigen Klimaleugnern und haufenweise Egoisten, die zu viele Quadratmeter bewohnen ?

Der tieferliegende Grund für Mietsteigerungen

In Deutschland werden jährlich ca. 70 bis 80 Milliarden Euro von Banken, Hedgefonds, Kapitalanlegern wie Black Rock und Vanguard, Immobilienfonds und Versicherungen in den Immobilienmarkt gepumpt. Sechs Prozent Rendite werden für solche "Anlagen" mindestens erwartet. Etwa ein Drittel aller Kredite in Deutschland fließen in Immobilien, nachdem die EZB zusammen mit den Privatbanken Billionen Euro aus dem Nichts geschöpft und in die "Finanzmärkte" gepumpt hat.

Dieses billige Geld sucht rentable und sichere Anlageobjekte in "Betongold". Das nach sicherer profitabler [Verwertung drängende Kapital](#) strebt besonders in [leistungslos zu erzielende Bodenrenten](#); auch Bodenspekulation genannt. Die elementare Daseinsvorsorge von Wohnraum für Millionen Menschen muss sich von diesem kapitalistischen Prinzip verabschieden.

Die Renditen der Konzerne Deutsche Wohnen, Vonovia, LEG, Adler Real Estate, Grand City Properties usw. werden absurderweise staatlich garantiert. Denn ein großer Teil der Mietverhältnisse kann von den Mietern nur gehalten werden, weil staatliche Subventionierung („Kosten der Unterkunft“ KdU und Wohngeld) in Höhe von bundesweit ca. 20 Milliarden Euro jährlich als "durchlaufender Posten" über die Mieter den Wohnungseigentümern zufließt - eine riesige Bereicherungsmaschine für Investoren auf Staatskosten. Wären 20 Milliarden jährlich in den letzten 30 Jahren in die „Objektförderung“ gegangen, also z.B. in die Rekommunalisierung von Wohnungsbeständen und in öffentliche Bauprojekte in öffentlicher Trägerschaft, könnten wir [die Subjektförderung](#) deutlich abbauen. Das ginge aber nur gegen den Einfluss der Lobbyisten der „Wohnungswirtschaft“.



KdU (volle Übernahme der Wohnkosten in Hartz IV) und [Wohngeld](#) (Zuschüsse über bestimmten knappen Einkommensgrenzen) sieht zwar wie Wohlfahrt aus, aber auf vertrackte Weise werden damit hohe Miet- und Energiepreise privater Konzerne erst realisierbar.

In Bremen Stadt können ein Großteil der ca. 60.000 Hartz IV-Haushalte ihre Mieten im unteren Preissegment nur noch über diese KdU bezahlen. [Es entstehen ganze Ortsteile mit häufigem KdU-Bezug](#). Die Zahl der Haushalte, die Wohngeld beantragen müssen, stieg in Bremen um 12,2 % von 4389 in 2019 auf 4935 in 2020 (WK 17.08.2021).

Die Wohnungswirtschaft beschwört in ihren Hochglanzbroschüren den freien Markt, das ist zynisch. Der Bundesanteil dieser leistungslosen Geldmaschine KdU stieg auf ca. 3/4 (siehe Schaubild). Welchem Landesfinanzminister können wir es nun verdenken, dass er kostenintensive kommunale Wohnungspolitik in Eigenregie für fiskalisch unrentabel hält?

Unser Gemeinwesen kommt seiner gesellschaftlichen Aufgabe nicht mehr nach, leistbare, kommunale und genossenschaftliche Mietwohnungen für die Bürger in Eigenregie vorzuhalten. In Wien ist seit 100 Jahren zu besichtigen, dass eine Kommune sehr wohl in Kooperation mit Genossenschaften preisgünstiges städtisches Wohnen im Stadtzentrum gewährleisten kann. Die Aufhebung der Wohnungsgemeinnützigkeit durch CDU/FDP 1989 hat in Deutschland eine Negativspirale in Gang gesetzt. In Bremen sank die Zahl der Sozialwohnungen von ca. 90.000 auf ca. 8.000.



Die großen Privatisierungswellen kommunaler Unternehmen in Bremen unter SPD/CDU von 1995-2007 waren ein kommunalpolitisches Desaster. Damals landeten z.B. die großen Wohnungsbestände der ehemals kommunalen Wohnungsgesellschaft "Bremische" über Umwege bei der VONOVIA (jetzt 11.300 Wohnungen in Bremen). Die ehemals kommunalen Stadtwerke Bremen (SWB) landeten bei der EWE AG. Die EWE, in Bremen ein Monopolist in der Strom-, Gas- und Wasserversorgung, gehört seit 2019 zu 26% ARDIAN, ein dem AXA Konzern nahestehender französischer Private Equity Kapitalanleger. „Feine Gesellschaft“ ist das, denen SPD und CDU unsere Grundversorgung auf Jahrzehnte ausgeliefert hat.

Das Land Bremen hat drei Wohnungsunternehmen, die sich als „städtisch“ bezeichnen.

- Die GEWOBA mit 42.325 Mietwohnungen (incl. Bremerhaven) ist eine Aktiengesellschaft zu 75,1% in kommunalem Besitz, und 24,9% in Bankenbesitz. *"Bei den Geschäftszahlen konnte die Wohnungsgesellschaft an das Vorjahr anschließen. Sie erwirtschaftete einen Gewinn in Höhe von 29,5 Millionen Euro gegenüber 29,1 Millionen Euro im Vorjahr. 13,7 Millionen Euro davon wandern in die Rücklagen, knapp 15,8 Millionen Euro gehen als Dividende an die Anteilseigner. Entsprechend bekommt die Stadt Bremen, die 75,1 Prozent der Anteile hält, mehr als 11,8 Millionen Euro, die Sparkasse Bremen mit ihren 21,7 Prozent der Anteile mehr als 3,4 Millionen Euro sowie die Elbe-Weser-Sparkasse mit 3,2 Prozent mehr als 500.000 Euro."* (Weserkurier vom 13.05.2020)
- Die BREBAU - eine GmbH mit ca. 6000 Wohnungen vorwiegend in Stadt Bremen, zu 100% in kommunalem Besitz
- Die STÄWOG eine GmbH in Bremerhaven mit ca. 5.000 Wohnungen

[Auf die Genossenschaften mit zusammen ca. 13.000 Wohnungen kann hier nicht eingegangen werden: GEWOSIE, Espabau, WGS Bremen, Beamten-Wohnungsverein, Wohnungsgenossenschaft, Vereinigte Bau- und Siedlungsgenossenschaft]

Parteien entsenden gut bezahlte Vertreter in die Vorstände dieser "städtischen" Unternehmen, die ca. 25 Prozent der Mietwohnungen in Bremen ihr eigen nennen; das eine Größenordnung die durchaus preissenkende Wirkung entfalten könnte, also wirklich zu bezahlbaren Wohnungen für Bremer Bürger mit niedrigeren Einkommen. Hier müssten Mieterhöhungen doch TABU sein ? Aber weit gefehlt: Das Niveau liegt (von den ca. 8.000 sozial geförderten Wohnungen abgesehen) zwar etwas niedriger, aber hier kommt es zu Erhöhungen der Nettokaltmieten, die teilweise durchaus vergleichbar sind mit den Erhöhungen bei privaten Wohnungsunternehmen.

Die BREBAU wird zudem benutzt, um die [Teilprivatisierung von Schulen und KiTas](#) voranzutreiben, von der gesamten Landesregierung so auch gewollt. Ein schleichernder Ausverkauf Bremer Einrichtungen an Investoren. Wer jahrzehntelang nicht vorsorgt, was ausreichend Schul- und KiTa-Plätze betrifft, kann sich dann auch noch auf die Unterstützung inzwischen völlig verzweifelter Eltern, die händeringend KiTa- und Schulplätze suchen, berufen.

Intensive Lobbyarbeit hat dazu geführt, dass es gesetzlich „erlaubte“ Tricks für Großinvestoren gibt, die Grunderwerbssteuer beim Kauf großer Wohnungsbestände zu umgehen. Was für alle kleinen Hauskäufer gilt, scheint für DIE nicht zu gelten. 1.100 Bremer Mietwohnungen (vorwiegend im prekären Stadtteil Gröpelingen) hätte die Stadt Bremen kaufen können. Diese hatte aber im „Bieterwettbewerb“ das Nachsehen und überließ den 120 Mio Euro-Deal dem vor Kapital strotzenden LEG Konzern. Und dieser zahlte keinen Cent Grunderwerbsteuer ([siehe WeserKurier 15.02.2020](#)).

Alles spricht dafür, leistungslose Erlöse aus großem Besitz an Grund und Boden kräftig zu besteuern. Aber die Lobbyisten der Mietwohnungskonzerne haben erreicht, dass Mietimmobilien-Besitzer im Gegensatz zu Eigenheimbesitzern gar keine Grundsteuer zahlen müssen, sondern diese Steuer einfach über die Betriebskostenabrechnung auf die Mieter umlegen dürfen. Was haben die Mieter mit einer Steuer auf den Bodenbesitz ihrer Vermieter zu tun? Parlamentarische Initiativen zur Abschaffung dieser zutiefst ungerechten Umlegung, wurden bisher abgeschmettert. [Berlin hat dazu eine Bundesratsinitiative gestartet](#). Hält die Bremer Landesregierung dies für unwichtig? Stattdessen werden die Bremer Mieter ab 1. Januar 2025 laut [Bürgerschaftsbeschluss vom Jan. 2020 zur Grundsteuer](#) eine erhebliche Mietsteigerung verkraften müssen, was die Gentrifizierung weiter verschärfen wird. Weitere Aspekte dieser umstrittenen Grundsteuerreform und der Hamburger Verhältnisse, finden sich in diesem aufschlussreichen [Beitrag von Prof. Dr. Dirk Lühr in den Nachdenkseiten vom 17.02.2020](#).

Es gibt durchaus auch unterstützenswerte Maßnahmen des Bremer Senats, wie z.B. die strengere Umsetzung von Milieuschutzsatzungen, die konsequente Anwendung von Vorkaufsrechten und bei den schlimmsten Spekulanten die Nutzung des Wohnungsaufsichtsgesetzes aus 2015, wie im Hochhaus in Tenover an der Neuwieder Straße 3. Solche und weitere Instrumente schaffen durchaus ein bisschen mehr Handlungsspielraum für kommunale Gestaltung. Auch die Anhebung der "Bindung" öffentlich geförderter Sozialwohnungen auf 30 Jahre ist marginal besser als die bisherigen 15-25 Jahre Sozialbindung. Das ändert aber nichts an der Absurdität, dass weiterhin mehr Sozialwohnungen aus der Bindung raus fallen als neue hinzukommen. „Da kannst du nicht gegenanbauen“, sagen alle, die damit befasst sind, und zucken mit den Schultern, als ob es gottgegeben wäre.



All diese in Pressekonferenzen hochgelobten Maßnahmen bleiben aber letztlich ein Tropfen auf dem heißen Stein. Wie wir seit Jahren erleben, wirkt das alles nicht gegen steigende Mieten. Gentrifizierung, die Vertreibung einkommensärmerer Bürger aus den hippen Stadtmitte-Vierteln in Richtung sozialräumlich unterversorgter Viertel, vollzieht sich schleichend, spaltet die Stadt und führt zudem auch noch haufenweise zum Ansteigen sozialarbeiterischer Eingriffe.

In Bremen wachsen 35.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Hartz-IV-Haushalten auf, mit steigender Tendenz. Von der Schuldenbremse strangulierte Bremer Bildungspolitik hat dazu geführt, dass wir einige Ortsteile haben, wo über 20% der unter 25-Jährigen arbeitslos ist. [Über 31% der Bremer SchulabgängerInnen haben entweder gar keinen Abschluss \(ca. 10% !\) oder die sog. "Berufsbildungsreife"](#). In den wohlhabenderen Vierteln haben wir Abiturquoten von 60-70%, in den ärmeren Vierteln sind es nur 7-13%.

Würden wir an die Wurzel der Wohnungsfrage gehen, dann müssten wir an die Boden- und Eigentumsfrage ran. Die Konsequenz für eine sozialgerechte Stadtentwicklung wäre in Bremen: GEWOBA, BREBAU und STÄWOG gehören 100% umgewandelt in (solide wirtschaftende) Gesellschaften öffentlichen Rechts, die nicht politisch genötigt werden, Renditen zu erzielen - schon gar nicht für Banken - auch nicht zur Querfinanzierung anderer öffentlicher Aufgaben. Wohnungsgesellschaften, die uns Bürgern gehören, werden basisdemokratisch von Mieterräten kontrolliert. Wir brauchen bundesweit eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit.

Der ver.di Bundeskongress 2019 hat zur Wohnungsfrage Folgendes beschlossen: „*Öffentliche Wohnungsunternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zur sozialgerechten Wohnraumversorgung, als Teil einer notwendigen, lokalen sozialen Infrastruktur und Stadtentwicklung. ver.di kritisiert, dass in vielen Kommunen inzwischen auch kommunale Wohnungsunternehmen gezwungen sind, Gewinne zu erwirtschaften, um zur Haushaltssanierung beizutragen. Die aktuelle Lage an den Wohnungsmärkten unterstreicht, wie wichtig staatliche Regulierung gerade in diesem Bereich der Daseinsvorsorge ist. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist eines der zentralen gesellschaftspolitischen Probleme in Deutschland. ver.di hält vor diesem Hintergrund eine fundamentale wohnungspolitische Kehrtwende für unabdingbar – ein Bruch mit der marktradikalen Wohnungspolitik der letzten 30 Jahre.*“

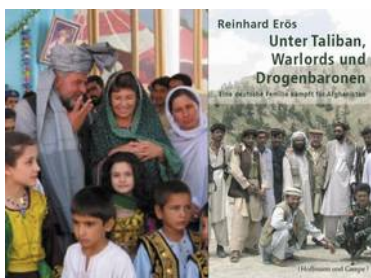
Wir brauchen eine Neuausrichtung am GEBRAUCHSWERT Wohnung, an der kommunalen Daseinsvorsorge in demokratischer Eigenregie (commons) als leitendes Prinzip. #aufstehen Bremen unterstützt Volksentscheide (wie in Berlin jetzt) zur Vergesellschaftung von Mietwohnungskonzernen.

3.4 Beitrag von Ekkehard Lentz

Aus Fehlern lernen: Kooperation statt Krieg mit Afghanistan

Die Absicht von Außenminister Heiko Maas (SPD), die gesperrte Entwicklungshilfe für Afghanistan in Höhe von 182 Millionen Euro auszuzahlen, um einer humanitären Katastrophe in der Bevölkerung zu begegnen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings wäre diese Summe nur ein Tropfen auf den heißen Stein, da nach UN-Angaben fast die Hälfte der 38 Millionen Einwohner Afghanistans nicht genug zu essen hat und 40% der Kinder unterernährt sind. Die FAO weist auf die herrschende Dürre hin, durch die die Ernten um 20% geringer ausgefallen sind als im Vorjahr. Angemessen wären Reparationszahlungen von 20 Milliarden Euro, für 20 Jahre Zerstörung und Mord - flankiert auch durch deutsche Soldaten in Afghanistan.

In der 20-jährigen Besetzung Afghanistans durch NATO-Truppen ist es offensichtlich nicht gelungen, eine Lebensperspektive für die Masse der Bevölkerung zu entwickeln. Die ins Land geflossenen Milliarden an Dollar und Euro sind in Prestigeprojekte in Kabul und in die Taschen von korrupten Politikern, Beamten und Warlords geflossen, während die Entwicklung der Dörfer unterblieb, in denen 80% der Bevölkerung lebt. Somit ist es keine Überraschung, dass die UNO mit fünf Millionen Flüchtlingen rechnet, wenn sich die Wirtschaftslage des Landes nicht grundlegend bessert.



Die Taliban haben Presseberichten zufolge im Land arbeitende Hilfsorganisationen gebeten, ihre Arbeit fortzusetzen, darunter Care International, Ärzte ohne Grenzen und die "Kinderhilfe Afghanistan" des deutschen Arztes Reinhard Erös. Diese Hilfsorganisation betreibt seit vielen Jahren in mehreren Provinzen in der Nähe zur pakistanischen Grenze 30 Schulen, eine Universität, medizinische Einrichtungen und berufsbezogene Projekte wie Schneidereien und eine Fotovoltaik-Werkstatt. Erös glaubt, dass die Taliban aus ihren Fehlern gelernt haben und nicht noch einmal Frauen aus Bildung und Berufen herausdrängen würden.

Es ist ein positives Zeichen, wenn Sabiullah Mudschahid, der Sprecher der Taliban, eine gute Kooperation mit Deutschland wünscht. Er wies auf die historisch guten Beziehungen zwischen beiden Ländern hin und erhofft sich eine Zusammenarbeit speziell bei Gesundheit, Landwirtschaft und Bildung. Und die Taliban seien bereit, einen Schlusstrich unter die Beteiligung Deutschlands am Interventionskrieg der USA zu ziehen und Deutschland zu vergeben.

Der frühere Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Walter Ruffler befürwortet die umgehende Wiedereröffnung der deutschen Botschaft in Kabul: "Russland und China haben ihr Botschaftspersonal nie abgezogen. Vielleicht ergeben sich für die deutsche Außenpolitik in Afghanistan neue Perspektiven einer Zusammenarbeit mit Russland und China bei der wirtschaftlichen Entwicklung Afghanistans - zum Vorteil aller beteiligten Länder." ... "Wenn man Einfluss auf die innenpolitische Entwicklung Afghanistans nehmen will, sind diplomatische Kontakte auf Augenhöhe eine Voraussetzung", ergänzt Ruffler: "Allerdings sollte die deutsche Außenpolitik nicht der Hybris erliegen, dass am deutschen Wesen die afghanische Gesellschaft genesen solle."

Gefordert sind friedenspolitische Konsequenzen aus dem Debakel der militärischen Intervention in Afghanistan: Alle Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen umgehend beendet werden, mit Vorrang der Einsatz in Mali. Es wäre fatal, wenn die Bundesregierung zusammen mit willigen Regierungen anderer EU-Länder die Ausrüstung ihrer Armeen auf US-Niveau vorantreiben würden, um demnächst auch ohne amerikanische Beteiligung weltweit militärisch zuschlagen zu können. Das Debakel der NATO in Afghanistan sollte auch den letzten europäischen Politiker zur friedenspolitischen Vernunft bringen: Gefordert ist Kooperation, nicht Konfrontation bis hin zum Krieg.

Nein zu Aufrüstung, Waffenexporten und Krieg!

„Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede“, schrieb im Jahr 1931 der spätere Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky.



Unser Land trägt Verantwortung für eine unsicher werdende Welt. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben die Welt nicht sicherer gemacht, wie aktuell Afghanistan zeigt. Unterdrückung, Gewalt und Krieg werden auch durch deutsche Rüstungsexporte ermöglicht. Sie tragen dazu bei, dass Menschen aus ihren Heimatländern fliehen. Zu den Profiteuren gehört nur die Rüstungsindustrie. In der Öffentlichkeit wird der Handel mit Rüstungsgütern äußerst skeptisch gesehen.

Obwohl die Bundesregierung von einer „zurückhaltenden und verantwortungsvollen Rüstungsexportpolitik“ spricht, hat die amtierende Bundesregierung Deutschland zum viertgrößten Waffenexporteur der Welt gemacht, nach den USA, Russland und Frankreich. Laut den am 15. März 2021 veröffentlichten Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI stiegen die deutschen Rüstungsexporte in den vergangenen fünf Jahren um 21 Prozent im Vergleich zum vorangegangenen Fünfjahreszeitraum 2011 bis 2015. In der laufenden Wahlperiode wurden laut „Weser Kurier“ vom 30. August 2021 Rüstungsexporte im Wert von 22,5 Milliarden Euro in dem Zeitraum vom 24. Oktober 2017 bis zum 8. August 2021 genehmigt. Deutsche Waffenexporte erfolgen auch an Länder in Krisen und Konfliktregionen, die an Kriegen beteiligt sind und Menschenrechte verletzen (zum Beispiel Ägypten, Katar, Türkei, Indien, Pakistan, Saudi-Arabien).

Diese Entwicklung war auch möglich, weil die Bundesregierung keiner wirksamen Kontrolle durch Bundestag und Öffentlichkeit unterliegt und - laut Experten - die Gesetzeslage von Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetz widersprüchlich ist.

Nach dem Grundgesetz soll von Deutschland Frieden und nicht Krieg ausgehen. Das Bremer

Friedensforum und #aufstehen Bremen warnen vor weiterer militärischer Aufrüstung und fordern zugleich den Stopp von Rüstungsexporten - auch über bremische Häfen. Ein generelles Verbot von Rüstungsexporten wäre ein wichtiger Beitrag für gewaltfreie Konfliktlösungen und gehört seit Jahren zu den Kernforderungen der Friedensbewegung.

Wir unterstützen die bundesweite Kampagne der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ für ein Rüstungsexportkontrollgesetz. Wer Frieden will, darf nicht durch Rüstungsexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr den Tod exportieren! Grenzübergreifende Kooperation und praktische Entwicklungszusammenarbeit heißen die zivilen Alternativen.

Wir fordern eine Abkehr vom militärischen Denken und Handeln und setzen uns deshalb auch für die Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion ein, auch am Rüstungsstandort Bremen.

Unser Auftrag an die nächste Bundesregierung: Ernsthafte Schritte zur Abrüstung. Nein zum 2%-Aufrüstungs-Ziel der NATO. Abzug der Atomwaffen aus Büchel (Eifel), Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag der UNO und voller Einsatz für Abrüstungsabkommen. Keine bewaffneten Drohnen. Stopp von Rüstungsexporten. Umwandlung von Militärbündnissen in zivile Sicherheitsbündnisse. Die EU darf nicht weiter militärisch aufgerüstet werden.

3.5 Beitrag von Klaus Schiesewitz

AufRecht bestehen. Hartz IV endlich ohne Wenn und Aber abschaffen.



Am 10. September von 10-12 Uhr haben wir, die Erwerbslosengruppen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bremen, die Bremerhavener Arbeitsloseninitiative (Bali) und ver.di Bremen eine Aktion in der Bremerhavener Innenstadt durchgeführt. (Die Corona-Regeln hielten wir selbstverständlich ein). Initiiert wurde diese Aktion von dem Bündnis "AufRecht bestehen" mit seiner zentralen Forderung: „Hartz IV endlich ohne Wenn und Aber abschaffen“, in der die Eckpunkte für eine menschenwürdige Existenzsicherung und

Arbeitsmarktintegration vom Gesetzgeber gefordert wird. Gefordert wird:

- Abschaffung des Systems SGB II (Hartz IV)
- mindestens 600 Euro monatlich, regelmäßige Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten, Freigrenze von Vermögen mind. 60.000 Euro, keine Anrechnung von Erwerbseinkommen bis zur Höhe von 200 Euro, Nichtanrechnung des Kindergeldes auf die Leistungen der Grundsicherung,
- Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 13 Euro (die Inflationsrate liegt bei mittlerweile 3,9 %, die € 3 „Erhöhung“ des ALG II für das Jahr 2022 ist ein Affront gegen die Arbeitslosen).
- Die bisherige Umverteilung von unten nach oben muss gestoppt werden.

In Bremen betrug die Arbeitslosenquote im August 2021 10,7 %; für 39.032 Arbeitslose gab es nur 7.090 gemeldete Stellen. Deutschlandweit lag die Arbeitslosenquote im August bei 5,6 %. D. h. Bremen hat damit die doppelte Zahl an Arbeitslosen als der Bundesdurchschnitt.

In Bremerhaven sieht es noch düsterer aus, dort betrug die Arbeitslosenquote im August 2021 sogar 13,2 %; auf 7.954 Arbeitslose kamen 1.253 gemeldete Stellen.

In der Statistik sind aber nicht alle aufgeführt, z. B. alle die weniger als 15 Stunden arbeiten und auch nicht die 1 Euro Jobber. Es lässt sich schwer schätzen wie viele Arbeitslose es wirklich gibt. Die bremischen Häfen zählen zu den wichtigsten Universalhäfen in Europa. Bremerhaven ist einer der größten Umschlagplätze für Automobile. Kurzarbeiter:innen, die Arbeitslosen von übermorgen? Durch die Corona-Pandemie gibt es viele Kurzarbeiter:innen, diese werden ebenfalls nicht mit in der Statistik aufgeführt.

Gegenüber der großen Kirche in Bremerhaven haben wir große Aufmerksamkeit erzeugt durch unsere „Brillen“ und unsere Fahnen. Es gab gute Gespräche und manches Mal konnten wir den einen oder anderen Tipp geben, sei es zur Beantragung der Leistungen oder aber auch nur Trost spenden und zum Mutmachen und Mitmachen auffordern.

Das Bündnis ‚AufRecht bestehen‘ wird getragen von der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO), „ARBEITSLOS – NICHT WEHRLLOS“ Wolfsburg (ANW), Gruppe Gnadenlos Gerecht Hannover, Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB-KV Bonn/Rhein-Sieg, Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V.(FALZ), Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS), Tacheles e.V. Wuppertal, ver.di Bundeserwerbslosenausschuss, Widerspruch e.V. Bielefeld sowie vielen örtlichen Bündnissen und Initiativen

3.6 Beitrag von Gerd Bock

Reichensteuer: rotes Tuch für die FDP. Wahlplakat in Bremen: „Steuererhöhungen sind Sabotage am Aufschwung.“

Wie? Ist das Geld dann weg? Ach so der Staat hat es. Jetzt sollte eigentlich doch die Frage kommen: Was macht der Staat damit? Nach FDP-Meinung: die Bürokratie aufblähen – dabei hat Corona beispielhaft gezeigt, wie jämmerlich unterbesetzt die Gesundheitsämter sind, die Krankenhäuser zusammengespart sind

Es sollte sich auch in der FDP herumgesprochen haben, dass man den Klimawandel nur bekämpfen kann, wenn viel, viel Geld in den Umbau der Wirtschaft gesteckt wird:

- Windräder, Stromspeicher und genügend Stromtrassen fehlen.
- Stahl- und Zementindustrie – unglaubliche CO2 Schleudern – müssen auf ökologisch hergestellten Wasserstoff umrüsten.
- Die Bahnstrecken, die Straßenbahnen in den Städten müssen ausgebaut werden.
- Für die Gesundheit, die Schulen, den sozialen Wohnungsbau wird Geld gebraucht.
- Die Wärmedämmung der Häuser und Wohnungen geht nur schleppend voran. Die Kosten können nicht die Mieter tragen, die eh schon am Limit sind.

Dazu hat der Staat nur zwei Möglichkeiten:

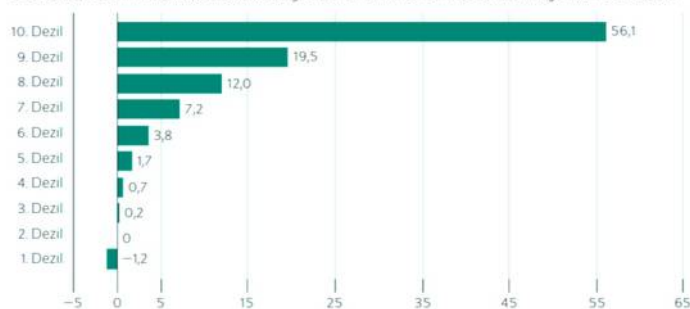
1. Er erhöht die Steuern bei denen, die sie zahlen können oder
2. Er verschuldet sich, was er tatsächlich fast grenzenlos kann. In Japan liegt die sog. Staatsschuldenquote bei 256% des Bruttoinlandsprodukts, in Deutschland 2020 bei 70%. Aber beides will die FDP dem Staat verbieten.

Und was machen die Reichen so mit ihrem Geld?

Verteilung des Nettovermögens nach Dezilen

Anteile am Nettogesamtvermögen 2017

Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung halten einen Anteil am Gesamtvermögen von 56 Prozent.



https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.679970.de/19-40.pdf

Anmerkung: Individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten, ohne Personen der Flüchtlings-samples M3 bis M5. Quelle: SOEPv34, mit 0,1 Prozent Top-Coding; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Die reichsten 10% haben ja immerhin 56 % des deutschen Nettovermögens (Vermögen minus Schulden) und das Top 1% der deutschen Bevölkerung muss sich den Kopf zerbrechen, was es mit seinen 35% des deutschen Vermögens anfangen soll. Was machen sie damit? Kaufen Luxuslimousinen und teure Immobilien und legen es vor allem in Aktien an. Und nachdem sie nicht mehr so recht wissen, wo sie Urlaub machen können, weil der Pöbel auch schon da ist, wird der Weltraumtourismus zum Hype für Milliardäre.

So ist also das Gegenteil der FDP Wahlaussage richtig:

Die höhere Besteuerung der Reichen hilft die Wirtschaft ökologisch zu erneuern und die Armut, besonders die Kinderarmut zu bekämpfen. Der Staat muss also mit der Finanzierung einspringen, wo die Wirtschaft zu wenig investiert. Damit schafft der Staat eine Nachfrage, die zugleich dem Gemeinwohl dient.

Leider wird dieser Zusammenhang den Fernsehzuschauern weder von Scholz, noch Baerbock, ja nicht mal von Wissler in den „TV-Triellen“ vorgetragen. Ist dieser einfache Zusammenhang so in Vergessenheit geraten?

3.7. Beitrag von Ute Brüning

Zusammenhalt statt Spaltung. Für eine freie Impfentscheidung

Wir brauchen Toleranz und einen respektvollen Umgang zwischen geimpften und nicht geimpften Menschen. Wozu haben sich viele Menschen impfen lassen, wenn sie nun Angst vor Ungeimpften haben sollen? Die Impfung wurde doch als Immunschutz vor Infizierungen beworben? Es wäre eigentlich die Aufgabe von Politik und Leitmedien zu verhindern, dass es zu einer Apartheid gegenüber Ungeimpften kommt.

Es gibt unterschiedliche Einschätzungen zu den mRNA oder Vektor Vakzinen gegen Covid-19. Während die Mehrheit sich die Chance einer Immunisierung erhofft, gibt es weiterhin Millionen Menschen und renommierte Wissenschaftler, die in den Impfungen zu große Risiken sehen. Zudem häufen sich die Studien, die Infektionen und schwere Covid-Verläufe bei Geimpften nachweisen.

Die Vakzine haben bisher nur eine bedingte Zulassung, was jedoch von Politik und den öffentlich-rechtlichen Medien nicht kommuniziert wird. Dem SPD-Kanzlerkandidaten Scholz rutschte die Bemerkung heraus, dass wir wohl „Versuchskaninchen“ seien. Über mögliche schwere und teils tödliche Nebenwirkungen erfahren die Bürger kaum etwas, genau wie auch zu der um Jahre verkürzten Entwicklungszeit dieser völlig neuartigen Impfstoffe, die auf Gentechnik basieren und deren Langzeitfolgen noch völlig unbekannt sind.

Kanzlerin Angela Merkel und Gesundheitsminister Jens Spahn werden nicht müde zu versichern, dass es keine Impfpflicht geben wird. Allerdings wird dies mit dem verfassungswidrigen Nebensatz

Die Politik schließt mehr als 35 Mio. von der Gesellschaft aus!
Ungeimpfte
- werden der Freiheitsrechte beraubt.
- werden diskriminiert.
- werden für sinnlose Tests zur Kasse gebeten.
- werden ausgegrenzt und ausgeschlossen.
Willst du das?

verbunden: „Wer sich nicht impfen lässt, muss auf viele Grundrechte verzichten, die vor Beginn der Pandemie selbstverständlich waren.“ Bis hin zum Arbeitsplatzverlust und der Lohnfortzahlung? Seit wann kann die Exekutive Grundrechte und gewerkschaftlich erkämpfte Rechte außer Kraft setzen?

Die Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas durch die Aufforderung, Verstöße gegen geltende Corona-Verordnungen zu melden, ist höchst bedenklich und erinnert an totalitäre Zeiten. Andersdenkende und kontroverse wissenschaftliche Studien zu diffamieren, ist Gift für die Demokratie und für die Wissenschaft. Den freien Zugang zu Kitas, Schulen, Arbeitsstätten, Behörden, Einkaufsmöglichkeiten und Restaurants, Hochschulen, Fortbildungs-, Sport- und Kulturstätten an kostenpflichtige Tests zu binden, ist grundgesetzwidrig und unsozial.

Auch wenn ich Verständnis dafür habe, dass viele Angst vor einer Covid-19-Infektion haben, so rechtfertigt diese Angst jedoch weder Nötigungen noch Beleidigungen. Jeder hat das Recht, sich eigenverantwortlich für oder gegen eine medizinische Maßnahme zu entscheiden!

Erfreulicherweise gibt es auch geimpfte Menschen, die Menschenfreunde geblieben sind und Toleranz gegenüber ihren Freunden, Kollegen und Familienmitgliedern zeigen. Es ist deren gutes Recht, lieber auf ihr natürliches, über Jahre aufgebautes, Immunsystem gegen solche Viren zu setzen.

Auch ein Lichtblick in dieser Zeit: einige Gastronomen und bekannte Musiker setzen sich über die 3- oder 2G-Regeln der Politik hinweg und heißen JEDEN Gast willkommen, unabhängig vom Impf-, Test- oder Genesungsstatus. Letztere Beispiele beweisen, dass ein respektvoller Umgang zwischen Befürwortern und Kritikern der Corona-Maßnahmen weiterhin vorhanden ist.

Ich plädiere für den Zusammenhalt zwischen Menschen mit oder ohne Impfung! Freundschaften, Familienzusammenhalt und ein positives Betriebsklima müssen wir erhalten.

Gebt der Spaltung durch Politik und Mainstream-Medien keine Chance!

4. Empfehlenswerte Bücher und Magazine



Rolf Gössner (2021): Datenkraken im öffentlichen Dienst

»Laudatio« auf den präventiven Sicherheits- und Überwachungsstaat. Mit Gastbeiträgen von Gerhart Baum, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Heribert Prantl. Papyrossa, Köln. »Antiterrorpolitik« und »Sicherheitsgesetze«, Überwachungs- und Aufrüstungsmaßnahmen sind Meilensteine auf dem Weg einer fatalen Entwicklung im Namen der Sicherheit – aber mit Sicherheit auf Kosten der Freiheit. Diese Entwicklung zeichnen die »Laudationes« des Bürgerrechtlers Rolf Gössner nach. Rolf Gössner, Dr. iur., *1948, Jurist und Autor



Daniela Dahn und Rainer Mausfeld: Tamtam und Tabu. Westendverlag.

30 Jahre Wiedervereinigung – ein Grund zum Feiern? Offensichtlich nicht für alle. 1990 gilt als das wichtigste Jahr der Nachkriegsgeschichte. Alles scheint gesagt. Die Tabus überdauern. Die renommierte Essayistin und Mitbegründerin des „Demokratischen Aufbruchs“ in der DDR Daniela Dahn und der Kognitionsforscher Rainer Mausfeld nehmen die Tabus und das sie begleitende mediale TamTam ins Visier mit einem Blick auf bislang unterschätzte Zusammenhänge.



Michael Meyen: Die Propaganda-Matrix. Der Kampf für freie Medien entscheidet über unsere Zukunft. Rubikon Verlag

Der Journalismus ist tot. Mit oder an Corona gestorben, nach langem Siechtum. Schon vorher war die „vierte Gewalt“ schwer krank, hing arbeitsunfähig und durchseucht von Politik am Tropf der Industrie. Das Virus hat dem Patienten nur den finalen Schlag versetzt. Im Untergang bekämpft der Medien-Mainstream alle bis aufs Messer, die seinen Job übernehmen könnten. Es wird verboten, verleumdet, zensiert und gelöscht. Wer die falschen Fragen stellt, wird zum Schweigen gebracht. Michael Meyen sagt: Medienkritik war gestern. Hört auf, die News der Propagandamaschine

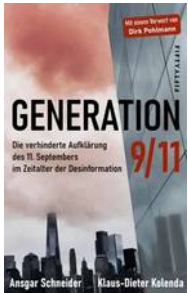
als Fakes zu entlarven. Schimpft nicht länger auf Tagesschau, Claus Kleber, Spiegel und die Zensurmaschine Google. Dass wir beständig manipuliert werden, wussten schon die weisen Alten: Edward Bernays, Walter Lippmann, Noam Chomsky.



Ernst Wolff: Wolff of Wall Street, Promedia Verlag. Der bekannte Journalist und Buchautor Ernst Wolff hat es sich zum Ziel gesetzt, das Finanzsystem für Laien zu entschlüsseln und ihm den Schleier des Unverständlichen zu nehmen. Um auch ein junges und multimedial affines Publikum anzusprechen. [Ernst Wolff betreibt dazu einen eigenen youtube-Kanal.](#)



Norbert Häring: Endspiel des Kapitalismus. Wie die Konzerne die Macht übernehmen und wie wir sie zurückholen. Quadriga Verlag. Millionen Menschen haben ihren Job verloren. Doch der Aktienmarkt boomt. Hunderttausende Mittelständler sind in finanzielle Not geraten. Doch der DAX erreicht Rekordwerte. Norbert Häring zeigt, wie einflussreiche Unternehmen die Corona-Krise nutzen, um ihre Macht zu zementieren und eine lang geplante Agenda zur digitalen Kontrolle umsetzen. Zeit für ein neues System, das allen dient, nicht einer kleinen Elite.



Ansgar Schneider, Klaus-Dieter Kolenda (2021): Generation 9/11 – Die verhinderte Aufklärung des 11. Septembers im Zeitalter der Desinformation
Prof. Dr. med. Klaus-Dieter Kolenda, Jahrgang 1941: Facharzt für Innere Medizin und für Physikalische und Rehabilitative Medizin. Dr. rer. nat. Ansgar Schneider: Physiker, Diplomarbeit zu Quantenfeldtheorie. Promotion in Mathematik. Tätigkeiten im In- und Ausland in Lehre und Forschung. In seinem 2018 erschienen Buch „Stigmatisierung statt Aufklärung“ beleuchtet er die wissenschaftlichen Grundlagen der Zerstörung des World Trade Centers.

Magazine:



<https://free21.org/> ein alternatives spendenfinanziertes print- und online Medienprojekt, vorwiegend zu geopolitischen Themen (Redaktion: Dirk Pohlmann). Ein ständig wachsendes Netzwerk von freiwilligen Layoutern, Researchern, Transkriptoren und Übersetzern.

multipolar **MULTIPOLAR:** Herausgegeben von Stefan Korinth, Paul Schreyer und Ulrich Teusch <https://multipolar-magazin.de/>

5. Über #aufstehen und #aufstehen-Bremen

Auf Bundesebene ist der #aufstehen Verein mit Rundmails, WEB-Auftritt und Social Media öffentlich präsent. Unsere Aktionen zusammen mit dem Bremer Friedensforum

Der Schwerpunkt liegt weiterhin bei den lokalen Gruppen und Initiativen.

Die Koordinierungsgruppe in Bremen tagt monatlich. Termine und Themen werden auf unserer WEB-Seite laufend aktualisiert. - Bleibt uns gewogen, schaut dort vorbei und fühlt Euch eingeladen, mitzumachen bzw. eigene Aktionsgruppen zu gründen zu Themen, die euch „auf den Nägeln brennen“. Es ist dringlicher denn je, den Debattenraum zu weiten, und soziale, ökologische, friedenspolitische und demokratische Basisbewegungen wieder stark zu machen. Wir machen auf jeden Fall weiter!

Für unsere Online-Auftritte haben wir kleine Redaktionsgruppen, um unsere Sichtweisen, unsere Veranstaltungen und unsere Aktionen zu veröffentlichen. Wir verfassen eigene Berichte mit Fotos und Videos und verwenden Beiträge von anderen Alternativ-Medien und verlinken zu interessanten WEB-Seiten. Hervorzuheben ist da die Seite des [Bremer Friedensforums](#) und [Nachdenken in Bremen](#).

Wir begrüßen eine lebendige und auch kontroverse Diskussion und laden Euch ein, interessante Internetlinks zuzusenden, eigene Beiträge bei uns einzureichen und sich auf Social Media in die Debatten aktiv einzubringen, zu „ liken“ und zu „reposten“. Hier noch einmal die LINKS zu

- unserer Homepage: <https://www.aufstehen-bremen.org>
- unserem Facebook-Account: <https://www.facebook.com/groups/313376332637420/>
- unserem Twitter-Account: <https://twitter.com/AufstehenBremen>
- unserem Instagram-Account: <https://www.instagram.com/aufstehen.bremen/>

Dies ist der achte Newsletter. Der Newsletter erscheint unregelmäßig. Wer in Zukunft auch die nächsten Nummern erhalten will, muss - wenn noch nicht geschehen - sich über unsere Webseite für den Empfang des Newsletters anmelden. Formular online ausfüllen:

<https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/newsletter-neu>.

Natürlich kann der Newsletter unter dem gleichen LINK auch abbestellt werden.

Anhang: Spendenaufruf. Wir bestreiten damit die Kosten für Technik, Raummieten, Flyer, Plakate und Transparente. Ansonsten machen wir dies hier alles ehrenamtlich. Alle sind eingeladen, sich mit kleinen und großen Spendenbeiträgen zu beteiligen, oder noch besser Daueraufträge einzurichten. Im Unterschied zu Parteien oder einflussreichen Think Tanks erhalten wir keinerlei staatliche Unterstützung.

Unser Spendenkonto lautet: Ekkehard Lentz

(Stichwort: aufstehen-Bremen)

IBAN: DE 47 2501 0030 0123 2683 06 BIC: PBNKDEFF

Im Auftrag der Koordinierungsgruppe von #aufstehen Bremen, erstellt von: Rodolfo Bohnenberger, Wolfgang Vormann, Ekkehard Lentz, Erich Sturm und Ute Brüning.

Anhang: Veranstaltungsankündigungen von Bündnispartnern

